

Der Feinstaubplan für Stuttgart: Lastwagen müssen bald draußen bleiben Von allen Seiten hagelt es Kritik am Aktionsplan

Die Industrie sieht sich in der Rolle des Sündenbocks, die Ökolobby hält die Maßnahmen für wirkungslos

In den Reaktionen auf den Feinstaubplan gehen die Wellen hoch. IHK und ADAC fürchten eine Katastrophe für Industrie und Autofahrer, Ökoverbänden geht der Plan nicht weit genug. Sie sehen einen Gesetzesverstoß.

Von Tobias Beck

Nachdem das Regierungspräsidium gestern Vormittag seine Pläne vorgestellt hatte, ist Jürgen Resch der Kragen geplatzt. „Mit diesem Aktionsplan verstößt das Regierungspräsidium gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts. Das hatte einen Sofortmaßnahmenkatalog gefordert. Was jetzt auf dem Tisch liegt, wird das Problem der betroffenen Bürger an den kritischen Punkten der Stadt nicht lösen“, wettete der Chef der Deutschen Umwelthilfe. Für Resch entspricht der Plan zur Senkung der Feinstaubbelastung überhaupt nicht den Möglichkeiten, die eine Stadt hätte, um Abhilfe zu schaffen.

In dem Plan wurden 36 Maßnahmen festgelegt. Demnach sollen hauptsächlich ein

Durchfahrverbot für Lastwagen, gestaffelte Fahrverbote für Autos, Verkehrslenkungs- und Baumaßnahmen sowie die Stärkung des Nahverkehrs für sauberere Luft sorgen.

„Doch statt wirkungsvoller Sofortmaßnahmen kriegen wir de facto ein Fahrverbot für Oldtimer, die nur fünf Prozent der Dieselflotte ausmachen. An der Tatsache, dass das Neckartor die dreckigste Kreuzung Deutschlands ist, wird sich nichts ändern“, sagte

Resch. Schnelle verkehrsregelnde Maßnahmen, wie sie die Stadt Düsseldorf festgelegt habe, fehlten völlig. Auch die Grünen-Fraktion im Landtag bemängelte diesen Punkt. Jedermann wisse, dass Baumaßnahmen wie die Nord-Ost-Umfahrung auf Jahre hinweg nicht finanzierbar seien“, erklärten sie.

Der BUND leistet Schützenhilfe bei der Kritik. „Das Instrument der Tempolimits wurde überhaupt nicht angedacht. Die Schilder dazu lägen bereit“, sagte Gerhard Pfeifer, BUND-Geschäftsführer in der Region Stuttgart. Er befürchtet, dass nach der nun anstehenden Diskussion von den wirkungsvollen Aktionen wie dem Lastwagendurchfahrtsverbot nicht viel übrig bleibt.

Auch von der anderen Seite hat es harsche Kritik an den Plänen gehagelt. „Es ist für die Industrie nicht vorstellbar, dass ohne Ausweichstrecken der Transitverkehr an Stuttgart vorbeigehen soll“, sagte der IHK-Sprecher Bernd Engelhard. Die geplante Drei-Insassen-Regel, die Autos mit einer Mindestbesetzung von drei Personen Vorteile schaffen soll, sei kontraproduktiv. „Stuttgart ist nicht Los Angeles“, sagte IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter. 90 Prozent aller Geschäftsleute seien allein im Auto. Nach seiner Ansicht ist die von Oberbürgermeister Wolfgang Schuster ins Gespräch gebrachte Citymaut als Alternative zum Lastwagenverbot „keine Umweltpolitik, sondern Abzocke“.

Während der nun anstehenden Phase, in der Bürger Einsicht in die Pläne nehmen

können, wird die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart daher ihre Mitglieder auffordern, sich beim Regierungspräsidium zu beschweren. Lediglich das Fahrverbot für Alautos von 2010 an und die Stärkung des Nahverkehrs hält die IHK für akzeptierbar.

Empörend ungerecht findet auch der ADAC die Pläne. „Es wurden fast nur Maßnah-

men vorgestellt, die den Kfz-Verkehr betreffen“, bemängelte ADAC-Sprecher Volker Zahn. Dabei kämen nur gut 20 Prozent des Feinstaubs von Diesel- und Benzinmotoren. Alle Maßnahmen neben dem Verkehr seien halbherzig. Als solche hatte OB Schuster angekündigt, die Neckartorkreuzung mit Hochdruckreinigern zu säubern, das Verbrennen von Grüngut verbieten zu lassen und sich für ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden einzusetzen – alles Punkte, die die Kritiker für annähernd wirkungslos halten.

Genau diese Diskrepanz zwischen dem Verhalten der Stadt und den Plänen bemängelte auch Matthias Lieb, der Vorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). „Die in dieser Woche angekündigten Preiserhöhungen beim VVS und ein wirksamer Luftreinhalteplan passen überhaupt nicht zusammen.“

Der Plan ist von nun an im Internet unter www.rp-stuttgart.de einzusehen. Außerdem liegt er im Rathaus und im Regierungspräsidium aus. Die Frist für die Stellungnahmen beim Regierungspräsidium Stuttgart läuft bis einschließlich 5. August 2005.